



Essay

FRANKREICHS SELBSTVERSTÄNDNIS IN EUROPA. MITTERRANDS REFERENDUMSKAMPAGNE UM DEN MAASTRICHTER VERTRAG 1992

Von Stefan Seidendorf

Wie kann eine skeptische Öffentlichkeit dazu bewogen werden, dem europäischen Integrationsprojekt in einem nationalen Referendum zuzustimmen? Auf diese aktuelle Frage liefert die vorliegende Rede François Mitterrands (1916-1996) eine mögliche Antwort.¹ Darüberhinaus enthält der Textausschnitt aber noch mehr – der französische Präsident (1981-1995) zeigt, wie aus französischer Sicht die demokratische Legitimität der Europäischen Union (EU) rhetorisch etabliert werden kann, ohne das bestehende nationale republikanische Selbstverständnis in Frage zu stellen. Europa und Nation sind hier keine Gegensatzpaare mehr, wie Mitterrands Gegner in der Referendumskampagne verkünden. Stattdessen etabliert Mitterrand bewusst ein Selbstverständnis, das das gegenwärtige nationale und das neu zu begründende europäische Gemeinwesen zusammenführt.

Nach einer kurzen Kontextualisierung des Quellenausschnitts wird untersucht, wie Mitterrand *einerseits* das Selbstverständnis eines europäischen politischen Gemeinwesens definiert, wobei er *andererseits* der bestehenden französischen Republik darin eine neue Bestimmung offenbart und ihre Zukunftsfähigkeit sichert.

François Mitterrand und der Maastrichter Vertrag

Die vorliegende Ansprache, gehalten am 5. Juni 1992 vor Studierenden und Lehrkräften des Pariser politikwissenschaftlichen Instituts (IEP), reiht sich in jene Reihe programmatischer Reden ein, mit denen Mitterrand am Ende seiner zweiten Amtszeit (1988-1995) versuchte, sein ‚europäisches Vermächtnis‘ zu begründen.² Seit Beginn seiner Zeit als Präsident (1981) spielte die Frage der europäischen Integration, zunächst der ‚Überwindung‘ der ‚Eurosklrose‘, später der ‚Schaffung des Binnenmarktes‘ in der Einheitlichen Europäischen Akte, eine wichtige Rolle in Mitterrands außenpolitischem Handeln. Ein zentraler Bezugspunkt war dabei stets das deutsch-französische Verhältnis. Obwohl Mitterrand selbst die Bedeutung dieser beiden Elemente für seine Politik immer wieder mit Verweis auf sein persönliches Erleben (Kriegsgefangenschaft in Deutschland und Teilnahme am Haager Europakongress 1948) rechtfertigte, lassen sich

1 Essay zur Quelle: Mitterrand, François: Auszug aus einer Rede vor Studierenden und Lehrenden des Institut d'Études Politiques anlässlich des französischen Referendums über den Maastrichter Vertrag (1992).

2 Dass es sich dabei durchaus um eine bewusste Strategie im Hinblick auf die Nachwelt handelte zeigt die vom Präsidenten angeregte Zusammenstellung einiger dieser programmatischen Reden in einer Ausgabe der „Biblioteca Europea“. Neben dem vorliegenden Auszug enthält der Band noch *sieben* weitere Reden aus der Zeit 1990-95, sowie *drei* Reden aus den Jahren 1982 und 1984. Die Themen der Reden aus den neunziger Jahren ähneln sich, teilweise bis in Semantik und Wortwahl hinein. Mitterrand, François, *Onze discours sur l'Europe (1982-1995)*, Neapel 1996.

bei ihm neben der ‚ideellen‘ Komponente stets auch strategische und instrumentelle Handlungsmotive für seine Europapolitik nachweisen. So stand zu Beginn der Präsidentschaft des Sozialisten die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Frankreichs und die damit einhergehende Wirtschafts- und Sozialpolitik ambitionierteren europäischen Integrationsbestrebungen im Wege. Die Abkehr von dieser Politik (1983) ermöglichte sowohl die ‚Überwindung der Eurosklerose‘ (1984), als auch die weitere Marginalisierung des ungeliebten Koalitionspartners. Ebenso war das Verhältnis zu Deutschland, in dem die Inszenierung der ‚Aussöhnung‘ mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl im Mittelpunkt stand, immer auch von taktischen und strategischen Überlegungen geprägt. Dennoch bleibt festzuhalten, dass es Mitterrand in seinem politischen Denken und Handeln immer wieder gelang, die etablierte Wahrnehmung politischer Konflikte zugunsten zukunftsweisender Lösungen zu überwinden.

Die hier vorgestellte Rede an der Pariser Eliteuniversität fand nur zwei Tage nach der Ankündigung des Präsidenten (3. Juni) statt, den „Maastrichter Vertrag“ zur Schaffung einer Europäischen Union (EU) in Frankreich per Referendum ratifizieren zu lassen. Diese Ankündigung erfolgte ihrerseits einen Tag nach dem negativen Ausgang des dänischen Referendums über denselben Vertrag (2. Juni). Der Vertrag stellte den Versuch von zwölf europäischen Staats- und Regierungschefs dar, die existierende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in eine politische Union zu verwandeln. Dazu wurde neben der „Vollendung“ des Binnenmarktes in der Wirtschafts- und Währungsunion (Einführung des Euro) eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie eine „Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres“ etabliert. Im ersten Bereich (Binnenmarkt) wurde eine supranationale demokratische Ordnung institutionalisiert, wobei vor allem das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof neue Kompetenzen erhielten. Die häufig nur als symbolische Geste abgetane „Unionsbürgerschaft“, verbunden mit einem allgemeinen Wahlrecht in Kommunal- und Europawahlen für alle Europäer, unabhängig von Nationalität und Wohnort, führte in den meisten Mitgliedstaaten zu Verfassungsänderungen oder, wie in Frankreich und Deutschland, Verfassungsklagen.³ Es ist also zu fragen, welche Kräfte die verantwortlichen Politiker dazu veranlassten, ein so ambitioniertes und potentiell riskantes Projekt wie den Maastrichter Vertrag zu verhandeln und zu ratifizieren. Neben der Binnendynamik des wirtschaftlichen Integrationsprozesses seit Mitte der achtziger Jahre (Einheitliche Europäische Akte 1986) erzeugte vor allem die nach dem Ende des Kalten Kriegs anstehende geopolitische Neuordnung des Kontinents den entscheidenden Handlungsdruck für einen weitergehenden, politischen Zusammenschluss. Allerdings bedeutete dieser Handlungsdruck keinesfalls einen Determinismus. Angesichts der deutschen Wiedervereinigung waren gerade in Frankreich auch ältere geopolitische Ordnungsvorstellungen wieder in der Debatte aufgetaucht, denen Präsident Mitterrand nach anfänglichem Zögern jedoch zugunsten der ungleich innovativeren Lösung einer europäischen politischen Union eine Absage erteilte.⁴

Obwohl die in Frankreich zur Ratifikation des Vertrages nötigen Verfassungsänderungen bequem über den parlamentarischen Weg des Artikels 89 der französischen Verfassung hätten geschehen können, ließ sich Mitterrand auf das wesentlich größere Wag-

3 Zum Maastrichter Vertrag vgl. Clemens, Gabriele; Reinfeldt, Alexander; Wille, Gerhard, Geschichte der europäischen Integration, Paderborn 2008, S. 227-230.

4 Vgl. zu Mitterrands anfänglichem Zögern und Taktieren die umfangreiche Studie von Schabert, Thilo, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.

nis einer direkten Volksbefragung ein. Dafür werden in der Literatur drei Gründe genannt.⁵ Einerseits wird der europapolitische Wunsch des Präsidenten angeführt, dem negativen dänischen Referendum ein deutliches Bekenntnis zur europäischen Integration und der französischen Führungsrolle in der EU entgegen zu setzen.⁶ Innenpolitisch wollte der Präsident das Referendum nutzen, um die schlechten Popularitätswerte seiner Person und der sozialistischen Partei zu verbessern. Dabei beabsichtigte er zugleich, von der tiefen Zerstrittenheit der rechten und bürgerlichen Oppositionsparteien beim Thema europäische Integration, die in der Referendumskampagne offensichtlich werden sollte, zu profitieren.⁷ Schließlich ging es Mitterrand darum, seine zweite Amtszeit ‚europäisch‘ mit einer Leistung zu krönen, die ihn überdauern würde und mit seinem Namen in den Geschichtsbüchern verbunden bleiben würde.⁸

Diese genannten Gründe beeinflussten Mitterrands Strategie während der Kampagne. Mit der vorliegenden Rede zeigt sich, dass er schon sehr früh – zwei Tage nach Ankündigung des Referendums – versuchte, die seiner Meinung nach strittigen Punkte nicht nur offensiv anzusprechen, sondern ihre diskursive Verortung nachhaltig zu beeinflussen. Die politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sich im Laufe der Debatte entwickelten, zeigten ihrerseits die Richtigkeit von Mitterrands Analyse, dass es im Referendum um eine „fundamentale Entscheidung“⁹ ging, die die Bedingungen französischer Staatlichkeit verändern würde.¹⁰ In dieser „Legitimationskrise“¹¹ des französischen Modells der Staatsnation bezog der Präsident eindeutig Stellung und scheute nicht die offensive Konfrontation mit der Gegenseite. Als „entscheidender“ Moment der Wahlkampagne wurde dabei immer wieder¹² das ‚TV-Duell‘ Präsident Mitterrands mit einem der Führer der Nein-Bewegung, dem ‚Sozialgaullisten‘ und früheren Arbeits- und Sozialminister Philippe Séguin¹³, bezeichnet (am 3. September 1992). Diese Debatte, in

-
- 5 Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden 2004, S. 121-125.
 - 6 Vgl. Lewis-Beck, Michael S.; Morey, Daniel S., The French „Petit Oui“: The Maastricht Treaty and the French Voting Agenda“, in: Journal of Interdisciplinary History 38/1 (2007), S. 65-87, hier S. 66.
 - 7 Vgl. Ebd.; Guérin-Sendelbach, Valérie, Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999, S. 136-137, sowie Criddle, Byron, The French Referendum on the Maastricht Treaty September 1992, in: Parliamentary Affairs 46/2, (1992), S. 228-238, hier S. 228-230.
 - 8 Benamou, Georges-Marc, Le dernier Mitterrand, Paris 1997, S. 158-159, zitiert nach Müller-Brandeck-Bocquet, Frankreichs Europapolitik.
 - 9 In einer direkt im Fernsehen ausgestrahlten Ansprache, in der er am 1. Juli 1992 das Datum des Referendums (20. September) bekannt gab, sprach er von einer Entscheidung, „qui engage comme rarement dans notre histoire l’avenir de la France“. Der Text der Ansprache in Cornick, Martyn; Elgie, Robert, Dossier on the French referendum concerning the Maastricht Treaty June to September 1992, in: Modern & Contemporary France 1/1 (1993), S. 111-126, hier S. 114.
 - 10 Vgl. Lewis-Beck; Morey, The French „Petit Oui“, S. 85
 - 11 Ziebur, Gilbert, Frankreich am Beginn des 21. Jahrhunderts. Zwischen Europäisierung, Globalisierung und nationaler Selbstbehauptung. Eine Problemskizze, in: Ders., Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze, hg. von Kimmel, Adolf, Opladen 2003, S. 297-324, hier S. 238.
 - 12 Vgl. Criddle, The French Referendum, S. 233-235; Müller-Brandeck-Bocquet, Frankreichs Europapolitik, S. 122.
 - 13 Séguin war während der *cohabitation* zwischen Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac von 1986-1988 Arbeits- und Sozialminister. Von 1993-1997, nach dem Wahlsieg der bürgerlichen Opposition, bekleidete er das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung. Seine innerparteiliche Opposition während der Maastricht-Kampagne gegen Parteichef Chirac verhinderte jedoch seinen

der auch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl zugeschaltet wurde, nahm eben jene Punkte auf, die der Präsident bereits am 3. Juni vor den Studenten der Pariser politikwissenschaftlichen Hochschule als „dialektische Gegenpole“ entwickelt hatte.

Miterrands europäische Dialektik: die Themen der Debatte besetzen

Wie häufig in seinen Europareden, beginnt Mitterrand auch die Ansprache am IEP zunächst mit einem historischen Überblick und seinen persönlichen Erinnerungen an seine Zeit als Soldat und Kriegsgefangener in deutschen Lagern, aber auch als ‚Europäer der ersten Stunde‘ auf dem Kongress in Den Haag 1948. Im danach folgenden, hier wiedergegebenen Ausschnitt definiert Mitterrand dann die zentralen Elemente der beginnenden Europadebatte. Die Zuspitzung in „dialektische Gegenpole“ (S. 101) ist ein rhetorischer Kunstgriff, der es ihm erlaubt, die Debatte zu strukturieren, ohne bereits für die eine oder andere Seite Partei ergreifen zu müssen. Dadurch werden die angesprochenen Themen für beide Seiten, Befürworter und Gegner des Maastrichter Vertrags, zunächst zur Grundlage der Diskussion. Dies gelingt ihm umso mehr, da Mitterrand einerseits Resonanz zu etablierten Elementen der französischen Debatte herstellt, während er andererseits während der gesamten Kampagne eine ‚präsidiale‘, über den Parteien stehende, Haltung bemüht.¹⁴ Wie sieht Mitterrands Dialektik nun im Einzelnen aus? Die vier „Gegenpole“ verengen sich von der allgemeinen und scheinbar wenig strittigen Frage nach „Krieg oder Frieden“ über die Ausgestaltung der europäischen Einigung auf die entscheidende innenpolitische Frage nach der Souveränität Frankreichs. Während die dialektischen Themen zunächst Mitterrands Europabild widerspiegeln, folgt danach der Bezug auf Frankreich und seine zukünftige Rolle, wie der Präsident sie sieht.

Bereits sein erstes Thema, „Krieg oder Frieden“ (S. 102ff.), zeigt den Präsidenten als gewieften Rhetoriker. Während er selbst betont, dass es leicht sei, zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden (S. 103), provoziert er gleichzeitig die Gegner des Maastrichter Vertrags. Durch seinen Verweis auf *Frankreichs* Rolle als „unangenehmer Nachbar“ (S. 102) dreht er die in Frankreich etablierte Sichtweise (die europäische Einigung dient der Integration des Unruhestifters *Deutschland*) um: Anstatt die europäische Integration als ‚Lehre‘ aus der bis 1950 fehlgeschlagenen Einbindung des ‚Aggressors Deutschland‘ darzustellen, sieht er die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen *allen* europäischen Staaten im Wesen des Nationalstaates *selbst* angelegt.

Er wendet sich deshalb gegen *jedwede* Überhöhung des Nationalen – in der französischen Debatte eine eindeutige Spitze gegen jene Kräfte, die ihren Nationalismus im Namen der Republik zu legitimieren suchen und dabei behaupten, dass ein ‚republikanischer‘ Nationalismus akzeptabler als ein ‚ethnischer‘ oder ‚kultureller‘ Nationalismus sei.¹⁵ Linksnationalisten („Jakobiner“ wie der 1991 im Zusammenhang mit dem Golf-

weiteren Aufstieg nach Chiracs Wahl in das Präsidentenamt (1995). Seit 2004 ist er Präsident des französischen Rechnungshofs *Cour des Comptes*.

14 So reagierte er in der bereits erwähnten Fernsehdebatte auf die Einführung Philippe Séguins als sein ‚Gegner‘ in der Maastricht-Debatte sofort mit der Feststellung, als ‚Präsident aller Franzosen‘ auch Präsident Séguin zu sein, weshalb er diesen nicht als Opponenten sehe.

15 Zu dieser Unterscheidung siehe Brubaker, Rogers, *Citizenship and nationhood in France and Germany*, Cambridge, Mass., 1996; Lepsius, M. Rainer, „Ethnos“ oder „Demos“. Zur Anwendung zweier Kategorien von Emerich Francis auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und auf die europäische Einigung, in: Ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 247-255.; Völkel, Markus, *Geschichte als Vergeltung. Zur Grundlegung des Revanchegedankens in der*

krieg gerade entlassene Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement) oder Gaullisten (wie der schon erwähnte Philippe Séguin), die die Trias aus Republik – Nation – Vaterland überhöhen, geht Mitterrand mit seiner Kritik an Frankreichs eigener gewalttätiger Vergangenheit ironisch an (S. 102): „Man sollte das nicht sagen? Nun, ich, ich erlaube mir das zu sagen“. Dass es sich dabei nicht um ein einmaliges Sprachspiel handelt (anlässlich des drei Tage zuvor gescheiterten dänischen Referendums, S. 102), zeigen weitere Verwendungen dieser Denkfigur, so bei seiner vielbeachteten Rede zum fünfzigsten Jahrestags des Kriegsendes in Berlin (8. Mai 1995) oder bei seiner letzten Rede vor dem Europaparlament in Strasbourg (17. Januar 1995), als er seine Ansprache mit dem Ausruf beschließt: „Mesdames et Messieurs: le nationalisme, c’est la guerre!“¹⁶.

Natürlich belässt es der Präsident nicht bei einer ‚neutralen‘ Gegenüberstellung der beiden Pole, vielmehr überhöht er in der Synthese dieses ersten Punktes die europäische Integration, entstanden als Alternative zum System der souveränen Nationalstaaten, als „Versuch einer beispiellosen Konstruktion, die es noch nie gegeben hat“ (S. 103). Nach dieser Gegenüberstellung eines scheinbar konsensualen Punktes¹⁷, den Mitterrand durch seine unkonventionelle Rhetorik dennoch zu einer Spitze gegen die Maastricht-Gegner benutzen konnte, kommt der Präsident nun zu zwei weiteren Gegenpolen, die die inhaltliche Ausgestaltung des Integrationsprojekts betreffen und damit wesentlich umstrittenere Elemente in der französischen Debatte berühren.

Die beiden Gegenpole „eine Zone universellen Freihandels, oder eine begrenzte Wirtschaftsgemeinschaft“ (S. 103) und „Das Europa der Händler (reine Wirtschaftsgemeinschaft) oder die Europäische Union (das heißt die politische Union überwölbt diesen Wirtschaftsaustausch)“ (S. 104) bezeichnen Konfliktlinien sowohl innerhalb des europäischen Integrationsprozesses, als auch in der innerfranzösischen Debatte.¹⁸ Durch seine Interpretation der historischen Entwicklung des Integrationsprozesses (S. 105) etabliert er eine Teleologie, die die jeweiligen Etappen der Zusammenarbeit als historische ‚Synthesen‘ aus zwei dialektischen Ansätzen (wirtschaftlicher Freihandel und politische, föderale Union) zur europäischen Zusammenarbeit sehen. Dies erlaubt ihm einerseits, sich in die zeitliche Dimension des historischen Prozesses zu fügen (es wäre entsprechend noch ‚zu früh‘ für eine ‚wirkliche‘ europäische Verfassung), während er andererseits Stellung innerhalb der nationalen politischen Debatte über die Ausgestaltung Europas beziehen kann. Mitterrands Europavision ist *demokratisch* und *sozial*; beides sind für ihn Grundbedingungen einer dauerhaften Existenz des Einigungswerkes (S. 104f.).

deutsch-französischen Historikerdiskussion von 1870/71, in: Historische Zeitschrift 257 (1993), S. 63-107, beleuchtet die historische Konstruktion dieser analytischen Kategorien.

16 „Meine Damen und Herren, Nationalismus bedeutet Krieg!“

17 Wie beim ‚Verfassungsreferendum‘ 2005, verwenden die Gegner der zur Ratifikation vorgeschlagenen Vertragswerke auch 1992 viel Aufwand darauf, nicht als ‚Anti-Europäer‘, sondern als Vertreter eines ‚alternativen Europa‘ oder allenfalls ‚Anti-EU-ropäer‘ gesehen zu werden. Die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit an sich steht – außer am extrem rechten Rand des politischen Spektrums – nicht zur Debatte.

18 Parsons, Craig, A Certain Idea of Europe, London 2003, zeigt überzeugend die in den fünfziger Jahren etablierte, bis heute fortdauernde Existenz dreier ‚Lager‘ (Nationalisten, Konföderalisten, Föderalisten) in der französischen Europadebatte.

Wiederum handelt es sich dabei nicht um spontane Argumente des Präsidenten, sondern um Grundkonstanten seines europäischen Denkens¹⁹: Bereits auf seinem ersten Gipfel als französischer Präsident (1981) sorgt seine Forderung nach einem ‚sozialen‘ Europa für konsterniertes Schweigen der anderen Gipfelteilnehmer.²⁰ Umstrittener scheint sein Weg hin zum Eintreten für ein ‚demokratisches Europa‘, auch wenn Mitterrand für sich auch hier in Anspruch nimmt, seiner „Überzeugung“ (S. 104) Ausdruck zu verleihen.²¹

Die vorliegende Textstelle erlaubt auf jeden Fall die Aussage, dass Mitterrand sich *nicht* zum jakobinischen Souveränitätsverständnis des republikanischen Einheitsstaates bekennt. Während er dreimal eindeutig von einem den Integrationsprozess überhöhenden *pouvoir politique* („politische Autorität“, S. 104f.) sowie dreimal von einer *union politique* („politische Union“, S. 104f.) als Krönung der europäischen Integration spricht, benutzt er den wesentlich vageren Ausdruck der *volonté populaire* („demokratischer Wille“, S. 104), um den Souverän dieser politischen Macht zu bezeichnen – wir können festhalten, dass er damit auf jeden Fall *nicht* die jakobinische *volonté générale* und ihren Ausdruck in der ‚einen und unteilbaren‘ französischen Nation meint. Ein gemeinsamer „politischer Wille“ Europas kann natürlich auf Grundlage einer europäischen Föderation entstehen, ohne dass Mitterrand sich auf dieses heikle Terrain explizit begeben müsste. Gleichzeitig ist der Ausdruck *volonté populaire* in Frankreich so gebräuchlich, dass er in einem mündlichen Vortrag zunächst keinerlei Anstoß erwecken wird (was bei einem expliziten Bekenntnis zur europäischen Föderation zu befürchten gewesen wäre). Vielmehr stellt Mitterrand damit *einerseits* Kontinuität und Resonanz zum etablierten französischen Demokratieverständnis her, ohne andererseits die Erweiterung der Mehrheitsdemokratie auf europäische Ebene auszuschließen. Wenn die Träger des „demokratischen Willes“ nicht mehr auf *eine* Nation beschränkt sind²², dann besitzt diese Definition eine potentiell universale Reichweite.

Mitterrand berührt damit eines der Grundelemente des Maastrichter Vertrags, das beispielweise in der deutschen Debatte weitgehend unbeachtet blieb: Zum ersten Mal wird das von den Bürgern direkt gewählte Europäische Parlament (also ein *europäisches* Organ) in bestimmten Politikbereichen *gleichberechtigter Gesetzgeber* neben dem (mit Vertretern der *nationalen* Regierungen besetzten) Ministerrat der EU. Gleichzeitig werden die *Mehrheitsentscheidungen* im Ministerrat, bei denen ein Mitgliedstaat überstimmt werden kann, deutlich ausgeweitet. Dieser *Einstieg in eine föderale Ordnung* wird von Präsident Mitterrand diskursiv verortet; er ist einer der ganz wenigen

19 Vgl. ebd., S. 185.

20 So Mitterrand in seinen letzten, posthum veröffentlichten Aufzeichnungen, vgl. Mitterrand, François, *De l'Allemagne, de la France*, Paris 1996, S. 170, 172.

21 Während Mitterrand als ‚Europäer der ersten Stunde‘ bereits am Europakongress im Haag 1948 teilgenommen hatte, wurde ihm doch vorgehalten, in seiner konkreten Europapolitik wenig zur Stärkung der ‚demokratischen‘ Elemente (Europaparlament, Europäische Kommission) unternommen zu haben, siehe z.B. Hoffmann, Stanley, *Gaullism by Any Other Name*, in: *Foreign Policy* 57 (1984), S. 38-57 und Moravcsik, Andrew, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, London 1998, S. 335.

22 Mitterrand hatte ja bereits im ersten Abschnitt der Überhöhung des Nationalen die Legitimität entzogen. Bei seiner Konzeption der europäischen demokratischen Ordnung sagt er nun eben nicht „*volonté du peuple*“ sondern „*volonté populaire*“, er zieht also dem eindeutigen Genitiv („Wille *des* Volkes“) das allgemeinere Adjektiv *populaire* („Volkswille“) vor.

Akteure, die ein europäisches politisches Gemeinwesen auch rhetorisch zu begründen versuchen²³.

Während sich Mitterrand damit nach außen gegen die ‚angelsächsischen‘ Versuche verwahrt, anstelle einer letztendlich föderalen Union eine Freihandelszone zu etablieren, grenzt er sich nach innen sowohl gegen jene Kritiker ab, die im Maastrichter Vertrag eine zu liberale Ordnung mit fehlender sozialer Komponente sehen, *als auch* gegen jene auf der liberalen Rechten, die ebendiese neoliberal regulierte Freihandelszone gerne als Endpunkt des Integrationsprozesses und Ordnungsrahmen nationaler Politik sehen würden. Außerdem wendet er sich gegen linke wie rechte Nationalisten und Jakobiner, die sich eine demokratische Ordnung ausschließlich im nationalen Rahmen vorstellen können. Mit der so etablierten politischen und sehr persönlichen Vision von Europa wendet sich der Präsident nun dem für die französische Debatte wichtigsten Streitpunkt zu, der Frage: „La patrie, ou l’Europe?“ („Das Vaterland oder Europa?“, S. 108ff.).

Auch hier beginnt Mitterrand zunächst damit, dass er scheinbar neutral das Terrain vermisst. Auf die ‚etablierte‘ Sichtweise (überzeugter Europäer versus französischer Patriot) folgt jedoch wiederum eine rhetorische Umkehr. Mitterrand fragt, „gibt derjenige sein Vaterland auf, der aus Patriotismus Frankreich, und nur Frankreich wählt“ (S. 108) – der wahre Patriot wäre demnach also derjenige, der die europäische Integration nach den Maßgaben von Maastricht *befürwortet*, während die Maastricht-Gegner *schlechte* Patrioten wären. Dies ist die genaue Umkehrung des Arguments der Maastricht-Gegner, die auf der einen Seite ‚französische Patrioten‘, auf der anderen Seite ‚EU-ropäer‘ sehen. Der Präsident muss diese Umkehrung nun argumentativ begründen, muss also erläutern, was an der Befürwortung von Souveränitätstransfers an Europa ‚patriotisch‘ ist. Er argumentiert im folgenden mit Bezug auf zwei der wichtigsten Elemente des französischen Selbstverständnisses. Im republikanischen Verständnis wird eine politische Nation über (a) ihre gemeinsame Erinnerung und (b) ihren gemeinsamen Willen zur selbstbestimmten, politischen Gestaltung definiert. Solange ein Selbst-Bewusstsein als historisch handelndes Subjekt mit politischer Handlungsfähigkeit verknüpft ist, existiert die Nation als Republik. Genau diese Elemente bemüht Mitterrand, indem er sich zunächst auf die Geschichte beruft (S. 109), in der Frankreich als moralischer Sieger bestanden habe. Darauf folgt direkt der Bezug auf das politische Handeln als moralische Macht (S. 109), die dadurch auch die ideelle Führung Europas beanspruchen könne. Die dafür angeführten Kriterien – Solidarität mit den Armen und Schwachen der Welt, Eintreten für eine ‚gerechtere‘ multipolare Weltordnung (S. 109) – lassen sich ohne weiteres (anders etwa als kulturelle oder biologistische Charakteristika einer Nation, wie ‚Sprache‘ oder ‚Rasse‘) in einem weiteren (europäischen) Rahmen verwirklichen. Europa würde demnach eine Willensgemeinschaft darstellen, deren politische Werte denen der französischen Republik ähnelten und deren historische Legitimität in der Überwindung der kriegerischen europäischen Vergangenheit läge – und es ist genau die Aufgabe Frankreichs, Europa dabei zu führen.

Der Präsident beschließt diesen klassischen politischen ‚Identitätsdiskurs‘ nach der Selbstverständigung nach Innen („woher kommt, wofür steht das Gemeinwesen?“) durch eine ebenso klassische Abgrenzung nach Außen. Der europäische Zusammenschluss solle nicht dazu dienen, als „Eroberer im Zentrum der Welt aufzutreten“ (S. 110). Stattdessen ist das Ziel die selbstbestimmte Lebensweise, die jede ‚Fremdherr-

23 Neben der hier vorgestellten Rede ist dies ein zentrales Thema der weiteren Europareden, die im genannten Band editiert wurden.

schaft‘ zurückweist (S. 110) – und genau das ist die Kerndoktrin des französischen Republikanismus (im Gegensatz etwa zum Liberalismus, bei dem der Entfaltung des einzelnen Bürgers ein größeres Gewicht zukommt, als der Etablierung einer selbstbestimmten Gemeinschaft).

Die Wirkung des Identitätsdiskurses

Präsident Mitterrand wich also der komplexen und schwer zu beantwortenden ‚Identitätsfrage‘, als die sich der Maastrichter Vertrag den französischen Bürgern präsentierte, nicht aus. Im Gegenteil versuchte er, die Unsicherheit über das eigene Gruppenselbstverständnis, die sich aus den weitreichenden Plänen für eine Europäische Union ergab, offensiv anzugehen. Er behauptete eben *nicht*, dass durch den Maastrichter Vertrag keinerlei Veränderungen an der etablierten Ordnung entstehen würden. Aber es gelang ihm, rhetorische Konvergenz zwischen dem Selbstverständnis der französischen Republik und der größeren EU zu schaffen.

Die Frage bleibt natürlich, welche Rolle dieser Interpretation im Hinblick auf den Referendumsausgang zukam. In der politischen Soziologie wird zur Erklärung dieses Wahlausgangs üblicherweise auf sozio-strukturelle Variablen abgehoben.²⁴ Demnach standen 1992, ähnlich wie 2005, dem ländlichen, unterprivilegierten, schlecht ausgebildeten, ideologisch ‚rechten‘ Frankreich des „Nein“ die städtischen, gut ausgebildeten, besser verdienenden, ideologisch ‚linken‘ Modernisierungsgewinner gegenüber. Während diese Studien ihre Berechtigung haben, können sie jedoch nichts über den Meinungswandel *während* der Referendumskampagne aussagen. Warum sank die Zustimmung zum Vertrag von zunächst 76% (Juni 1992) auf unter 49% (Mitte August), um schließlich (20.09.1992) bei 51% zu landen?²⁵ Sozio-strukturellen Variablen haben nur einen begrenzten Wert, wenn die Erklärung dieses *Wandels* im Mittelpunkt des Interesses steht.

In einer neueren Untersuchung²⁶ werden stattdessen die *inhaltlichen* Beweggründe der Bürger, für oder gegen den Vertrag zu entscheiden, untersucht. Das Ergebnis lässt keinen Zweifel daran, dass die von Präsident Mitterrand angesprochenen „dialektischen Gegenpole“ die zentralen Themen der Debatte waren *und* von ihrer Beantwortung die individuelle Entscheidung für oder gegen den Vertrag abhing. Als zentraler Beweggrund stellte sich dabei die Sorge um die Souveränität, um den Fortbestand Frankreichs innerhalb einer europäischen politischen Ordnung heraus.²⁷ Offensichtlich war es Mitterrand also (a) gelungen, die Referendumsdebatte thematisch vorzustrukturieren (oder die ‚sensiblen‘ Themen richtig zu erkennen). Außerdem (b) folgte eine Mehrheit der französischen Bürger seiner, des Präsidenten, Interpretation der verschiedenen Themenkomplexe: Die Ausgestaltung eines demokratischen und sozialen Europas sei aller Anstrengungen wert und stehe in der Kontinuität des Selbstverständnisses der französischen Republik. Der Präsident selbst hatte keinen Zweifel am knappen Referendumsausgang. Entsprechend wichtig nahm er die Rolle der politischen Rede zur Schaffung von Mehrheiten in einer so fundamentalen Frage wie der europäischen Integration. In der Einleitung zu seinen „Elf Reden über Europa“ bekennt er sich zum

24 Vgl. Lewis-Beck; Morey, *The French „Petit Oui“*, S. 68.

25 Cornick; Elgie, *Dossier on the French*, S. 123; Lewis-Beck; Morey, *The French „Petit Oui“*, S. 65.

26 Lewis-Beck; Morey, *The French „Petit Oui“*.

27 Ebd., S. 85.

klassischen französischen Verständnis einer politischen Nation, wie es von Ernest Renan 1882 definiert worden war.²⁸ Der Präsident begründet die Wichtigkeit seiner Reden – und ihrer Veröffentlichung in Buchform – folgendermaßen:

„Mémoire commune et volonté partagée, tels sont les ciments de toute construction politique durable. La mémoire ancre les fondations dans le terrain profond de l’Histoire. La volonté est l’arc-boutant qui soutient l’édifice dans son élan. La double fonction du discours politique est d’entretenir l’une et de susciter l’autre.“²⁹

Beide das politische Gemeinwesen definierenden Elemente verbindet Mitterrand in seiner Rede an die Pariser Studenten in überzeugender Weise. Er gibt damit ein Beispiel, wie ‚Nation‘ und ‚Europa‘ nicht als Gegensatz, sondern als erfolgreiche politische Weiterentwicklung gesehen werden können, die auch von skeptischen Bürgern als zustimmungsfähig empfunden wird.

Literaturhinweise:

- Guérin-Sendelbach, Valérie, Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999.
- Lewis-Beck, Michael S.; Morey, Daniel S., The French „Petit Oui“: The Maastricht Treaty and the French Voting Agenda, in: Journal of Interdisciplinary History 38/1 (2007), S. 65-87.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden 2004.
- Schabert, Thilo, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.
- Ziebur, Gilbert, Frankreich am Beginn des 21. Jahrhunderts. Zwischen Europäisierung, Globalisierung und nationaler Selbstbehauptung. Eine Problemskizze, in: Ders., Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze, hg. von Adolf Kimmel, Opladen 2003, S. 297-324.

Seidendorf, Stefan: Frankreichs Selbstverständnis in Europa. Mitterrands Referendums-kampagne um den Maastrichter Vertrag 1992. In: Themenportal Europäische Geschichte (2009), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2009/Article=422>>.

Dieser Essay bezieht sich auf folgende Quelle: Mitterrand, François: Auszug aus einer Rede vor Studierenden und Lehrenden des Institut d’Études Politiques anlässlich des französischen Referendums über den Maastrichter Vertrag (1992). In: Themenportal Europäische Geschichte (2009), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2009/Article=423>>.

-
- 28 Renan, Ernst, Qu’est-ce qu’une nation? [1882], in: Girardet, Raoul (Hg.), Le nationalisme français. 1871-1914, Paris 1983, S. 65-67.
- 29 Mitterrand, Onze discours, S. X: „Gemeinsame Erinnerung und geteilter Wille sind der Zement jeder dauerhaften politischen Konstruktion. Die Erinnerung verankert die Fundamente im tiefen Boden der Geschichte. Der gemeinsame Wille ist der Strebebogen, der den Schwung des Bauwerks stützt. Die doppelte Funktion politischer Rede ist es, das Eine instand zu halten und das Andere zu erwecken.“ (meine Übersetzung, St. S.).

Die Quelle im französischen Original: Mitterrand, François: Extrait d'un discours fait devant des étudiants et des professeurs de l'Institut d'Études Politiques à l'occasion du référendum français sur le Traité de Maastricht (1992). In: Themenportal Europäische Geschichte (2009), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2009/Article=424>>.